

## 6. Arbeitsergebnisse und Ausblick

Dietrich Herzog hat, in Anlehnung an Friedrich Schiller, *die* zentrale Frage unseres Forschungsfeldes formuliert:

*„Was heißt und zu welchem Ende studiert man politische Repräsentation?“*

Am Ende der Ausführungen dieser Schrift stellt sich nun die Frage, welcher Beitrag hier zur Beantwortung der Herzog'schen Frage geleistet werden konnte.

Politische Repräsentation, so begann diese Arbeit, ist ein komplexes Phänomen, welches uns Rätsel aufgibt: wir haben demokratische Entscheidungen, aber wir wissen nicht so recht, wie diese zustande kommen. Dieses Puzzle kann nur aufgelöst werden, wenn wir, so unsere grundlegende Proposition, vom kompositorischen Charakter des Phänomens ausgehen. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die vorliegende Arbeit ganz entscheidend von anderen Studien, die zwar die Endpunkte des Prozesses untersuchten, Präferenzen der Bürger mit den Outputs oder Outcomes des politischen Systems verglichen, jedoch diejenigen Mechanismen, welche responsive Entscheidungen erst bewirken können, offen ließen.

Zur Aufklärung dieses Prozesses eine Beitrag zu leisten, war das zentrale Anliegen dieser Arbeit. Der Ansatz, der dabei zum Tragen kam, kann *Repräsentation durch Repräsentanten* überschrieben werden. Zweifellos bilden Repräsentanten das konstituierenden Element politischer Repräsentation. Erst durch die Einbeziehung von Repräsentanten wird der kompositorische Prozeß politischer Repräsentation mit Inhalten, mit Legitimations- und Responsivitätsketten gefüllt. Erst durch die Betrachtung der Repräsentationsrolle wird den politischen Institutionen Leben eingehaucht, erfährt das Verhältnis zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, zwischen Abgeordneten und Bürgern eine notwendige Konkretisierung.

Ausgangspunkt des Ansatzes *Repräsentation durch Repräsentanten* war eine Definition von Hanna Pitkin: „*Representing ... means acting in the interest of the represented, in a manner responsive to them*“. Dieser Satz wirft eine Reihe von theoretischen und empirischen Fragen auf, die diese Arbeit zu beantworten versuchte. Was heißt es, im *Interesse der Repräsentierten*, und *responsiv* zu ihren Interessen zu *handeln*? Daher wurde danach gefragt, *wen* die Repräsentanten repräsentieren, und *wie* die Repräsentanten repräsentieren.

Diese beiden Fragen wurden umgesetzt in das Konzept der *Repräsentationsrollen*, welches in die beiden Dimensionen *Focus* und *Style* differenziert wurde. Die Ausprägungen, die der Rollen-Focus und der Rollen-Style einnehmen kann, wurden durch die Analyse repräsentationstheoretischer Modelle gewonnen. Konzeptualisiert wurde der Rollen-Focus durch vier (Vertreter der ganzen Nation, Wahlkreis-Vertreter, Partei-Vertreter und Interessengruppen-Vertreter), der Rollen-Style durch zwei (Trustee und Delegate) Ausprägungen. Diese Dimensionen und ihre Ausprägungen stellen das grundlegende Set an Rollenorientierungen zur Verfügung, mit der die empirische Analyse durchgeführt wurde.

Auf dem Konzept der Repräsentationsrollen fußend, suchte die empirische Analyse drei Fragen zu beantworten: Wie verstehen Abgeordnete ihre Repräsentationsrolle? Woher stammen unterschiedliche Auffassungen über die Repräsentationsrolle? Und welche Konsequenzen gehen von der Repräsentationsrolle aus?

Diese Fragen berühren zentrale Aspekte eines jeden repräsentativ verfaßten und demokratischen Gemeinwesens. Es geht darum, wie gesellschaftliche Interessen in demokratisch legitimierte Entscheidungen überführt werden. Letztlich geht es um die Ausgestaltung des Verhältnisses von Repräsentanten und Repräsentierten, um die Essenz politischer Repräsentation schlechthin.

Basis der empirischen Analyse war eine Befragung von Parlamentariern in elf Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die durch eine Befragung der Bürger zu bestimmten politischen Sachthemen ergänzt wurde.

Kapitel 3 ging zunächst der Frage nach, ob Parlamentarier überhaupt eine dezidierte Vorstellung von ihrer Repräsentationsrolle haben. Falls dem nicht so wäre, dann bestünde kaum Anlaß zu der Vermutung, daß der Prozeß politischer Repräsentation durch das Konzept der Repräsentationsrollen weiter aufgeklärt werden kann. Weiterhin galt es zu fragen, welches die maßgebenden Auffassungen der Repräsentationsrolle sind und ob diese in den untersuchten Ländern variieren. Eine große Einheitlichkeit in der Verteilung der präferierten Rollenverständnisse wäre ein Indiz für die Erklärungskraft individueller

Merkmale, während eine große Uneinheitlichkeit der Rollenverteilungen grundsätzlich für eine starke Prägung durch die politischen Institutionen spräche. Die Untersuchung dieser Fragen rekurrierte auf ein zweidimensionales Rollenkonzept, welches den Rollen-Focus vom Rollen-Style unterschied.

Beim Rollen-Focus ging es darum, *wen* die Abgeordneten repräsentieren. Es konnte gezeigt werden, daß etwa die Hälfte der befragten Abgeordneten über einen eindeutigen Rollen-Focus verfügt, während bei ca. 30 Prozent der Befragten der dominante Rollen-Focus aus zwei Bezugsgruppen und bei ca. 17 Prozent aus drei Bezugsgruppen bestand. Innerhalb des eindeutigen dominanten Rollen-Focus waren der Partei-Vertreter und der Nation-Vertreter die häufigsten Typen, während auf den Wahlkreis-Vertreter deutlich weniger, auf den Interessengruppen-Vertreter die mit Abstand geringsten Nennungen entfielen. Die Verteilung des Rollen-Focus in den untersuchten Ländern förderte enorme Unterschiede zutage. So wiesen beispielsweise in Italien die meisten Abgeordneten einen Nation-Focus auf, während in Schweden eine überwältigende Mehrheit dem Partei-Vertreter zugerechnet werden konnte und in Frankreich der Wahlkreis-Vertreter die größte Häufigkeit erfuhr. Allein der Interessengruppen-Vertreter bildete in keinem der elf Länder die häufigste Bezugsgruppe und konnte nur in zwei Ländern, Belgien und Deutschland, das Rollenverständnis von mehr als 10 Prozent der Abgeordneten adäquat beschreiben.

Beim Rollen-Style, der konzeptualisiert, *wie* die Abgeordneten repräsentieren, konnte festgestellt werden, das eine überwältigende Mehrheit, etwa drei Viertel der befragten Parlamentarier, eine treuhänderische Mandatsausübung in der Art eines Trustee bevorzugt, während sich nur etwa ein Viertel der Befragte der weisungsgebundenen Mandatsausübung eines Delegate zurechnen ließ. Auch hier waren erhebliche Länderunterschiede zu verzeichnen, allerdings konnte nur in zwei Ländern, Portugal und Spanien, eine größere Häufigkeit des Trustee gegenüber dem Delegate festgestellt werden.

Somit konnte festgehalten werden, daß Parlamentarier durchaus eine dezidierte Vorstellung von ihrer Repräsentationsrolle haben. Die Rollenverteilungen in den untersuchten Ländern legten dabei nahe, daß rein individuelle Merkmale die Variationen der Rollenverteilungen nicht hinreichend erklären können und erst aus der Einbeziehung der zentralen Charakteristika des politischen Systems ein vollständiger Erklärungsansatz der Rollenpräferenzen der Abgeordneten erwächst.

Über die Verteilung der beiden Dimensionen Focus und Style hinausgehend, stellte sich die Frage, ob es einen empirischen Zusammenhang zwischen beiden Dimensionen gibt. Wenn es einen starken Zusammenhang gäbe, dann entfielen sicherlich die Grundlage für die theoretisch postulierte Unabhängigkeit von Focus und Style. Die Ergebnisse legen

nahe, daß es zwischen den beiden Dimensionen der Repräsentationsrolle einen moderaten Zusammenhang gibt. Die Einnahme eines Nation-Focus oder Wahlkreis-Focus ist sehr deutlich mit einer Trustee-Orientierung verbunden, während beim Partei-Focus und Interessengruppen-Focus relativ häufiger eine Delegate-Orientierung beobachtet werden konnte. Allerdings mußte auch beim Partei-Vertreter und Interessengruppen-Vertreter festgestellt werden, daß eine Mehrheit dieser Abgeordneten zum Trustee tendiert. Aus der Verteilung der beiden Dimensionen und deren Kreuztabellierung wurde geschlossen, daß die Focus-Dimension die empirisch bedeutsamere Untersuchungsperspektive darstellt. Theoretisch konnte das auf die seit dem 18. Jahrhundert stark gewandelte Bedeutung des einzelnen Parlamentariers bei Handlungen, vorrangig bei Abstimmungen im Parlament begründet werden, denn im modernen, arbeitsteilig organisierten Parlament gewinnt die Fraktion zunehmend an Gewicht, die Frage des Style gerät somit, im Vergleich zur Focus-Dimension, in den Hintergrund.

Abschließend für Kapitel 3 wurde danach gefragt, ob sich aus der Zuordnung von Rollenorientierungen und Repräsentationsmodellen eine Affinität zu unterschiedlichen Vorstellungen über die normative Ausgestaltung der repräsentativen Demokratie herleiten läßt. Die Relevanz dieser Frage zeigt sich auf zwei Ebenen: zum einen wird die Interdependenz von Modellen politischer Repräsentation und demokratietheoretischen Grundpositionen deutlich, zum anderen kann hier bereits eine erste Konsequenz der Repräsentationsrolle gesehen werden. So wurde argumentiert, daß das Burke'sche Repräsentationsmodell und der aus diesem resultierende Nation-Vertreter für die klassische liberale Demokratie stehen, während das Responsible Party Model und der sich aus diesem ergebende Partei-Vertreter der Parteiendemokratie zugeordnet werden kann. Das Modell der Territorialen Repräsentation und der Wahlkreis-Vertreter stehen für den Typus der Majoritären Demokratie, während sich Funktionale Repräsentation und der Interessengruppen-Vertreter dem Typus der Pluralistischen Demokratie zuordnen lassen. Ziel dieser Zuordnung war nicht so sehr, eine Bestandsaufnahme demokratietheoretischer Präferenzen der befragten Parlamentarier vorzunehmen. Vielmehr war ihr Sinn ein heuristischer, es sollte mit dieser Zuordnung eine Frage aufgeworfen werden, die in die folgende Hypothese überführt werden kann: der Charakter einer Demokratie und die Beschaffenheit seiner repräsentativen Institutionen ist eine ganz wesentliche Determinante der Verteilung der Repräsentationsrolle.

Somit kann aus den Ergebnissen der Deskription der Repräsentationsrolle die Folgerung abgeleitet werden, daß sowohl die Bestimmungsgründe als auch die Konsequenzen von Rollenorientierungen der weiteren Analyse bedürfen, welche die

Charakteristika des politischen System, d.h. die Makro-Ebene, keinesfalls außer Acht lassen darf.

Kapitel 4 widmete sich der Analyse der Bestimmungsgründe für die in Kapitel 3 aufgefundenen unterschiedlichen Rollenverständnisse. Es wurde danach gefragt, welcher Einfluß individuellen Merkmalen der Abgeordneten, also der Mikro-Ebene, geschuldet ist, und welche Erklärungskraft aus den Charakteristika des politischen Systems, also der Makro-Ebene, erwächst. Ferner stellte sich die Frage nach dem wechselseitigen Einfluß von individuellen und systemischen Erklärungsvariablen, wobei wir davon ausgingen, daß beide Ebenen für das präferierte Rollenverständnis relevant sind und erst die Integration der Mikro-Ebene in einen Makro-Kontext einen sinnvollen, bislang kaum von der Repräsentationsforschung bestrittenen Untersuchungsansatz darstellt. Die Perspektive des Vergleiches auf der Makro-Ebene waren damit die Verteilungen in den untersuchten Ländern, Vergleichsperspektive der Mikro-Ebene waren die individuellen Abgeordneten. Zur Generierung spezifischer Hypothesen gingen wir davon aus, daß Makro- und Mikro-Determinanten diejenigen Bedingungen konditionieren, die eine Auswirkung auf den Repräsentationsprozeß, auf die Trias von Abgeordnetenrolle – Bürgererwartungen – Institutioneneinfluß, haben. Konkret waren das die Rekrutierungs-, die Personalisierungs- und die Professionalisierungsthese.

Die Analyse der Makro-Ebene begann mit der Arbeitshypothese, daß die Verteilung der Repräsentationsrolle ganz wesentlich durch die Verfassung eines Landes bestimmt würde. Zwar ergab die Untersuchung, daß in den meisten Ländern verfassungsrechtliche Regelungen zur Repräsentationsrolle existieren. Jedoch war die Erklärungskraft der Verfassungen für die Verteilung der Repräsentationsrolle ambivalent. Während die Verteilung des Rollen-Focus nicht durch die Verfassungsregelungen erklärt werden konnte, ergab sich eine recht große Übereinstimmung von Verfassungsnorm und gemessener Verteilung hinsichtlich des Rollen-Style.

Daher wurden weitere Erklärungsfaktoren der Makro-Ebene, insbesondere für den präferierten Rollen-Focus, untersucht. Dabei ergab sich ein recht deutlicher Effekt des Wahlsystems, des Regierungssystems und des Intermediären Systems und ein etwas schwächerer Effekt des Parteiensystems auf die präferierte Repräsentationsrolle. Im Anschluß an die Analyse der einzelnen Systemmerkmale erfolgte die Zusammenführung der vier Systemcharakteristika, die alle wesentlichen institutionellen Arrangements eines politischen Systems umfassen und somit durch wechselseitige Abhängigkeiten ein Syndrom bilden, zu einem latenten Konstrukt. Diese Konstrukt wurde auf der Grundlage der Arbeiten von Arend Lijphart entwickelt und als *Demokratietypus* bezeichnet. Der

Demokratietypus bildet die untersuchten Länder auf einem Kontinuum ab, daß von den beiden Polen ‚majoritäre Demokratie‘ und ‚konsensuale Demokratie‘ beschrieben wird. Die Analyse konnte zeigen, daß die Erklärungskraft des Demokratietypus stärker ist als die eines jeden separat betrachteten Systemmerkmals. Somit muß die Art der Demokratie eines Landes als ganz erheblicher Bestimmungsgrund für die Rollenorientierungen der Abgeordneten betrachtet werden. Majoritäre Demokratien führen zu einer Dominanz des Nation-Vertreters und des Wahlkreis-Vertreters, wohingegen konsensuale Demokratien eine größere Häufigkeit an Partei-Vertretern und Interessengruppen-Vertretern aufweisen.

Die Analyse der Mikro-Ebene untersuchte die Erklärungskraft von 10 Variablen aus drei Gruppen von Bestimmungsgründen: sozial-demographische Erklärungsfaktoren (durch die Variablen: Geschlecht, Lebensalter, Bildung), politisch-ideologische Erklärungsfaktoren (durch die Variablen: Parteizugehörigkeit, Links-Rechts-Orientierung und Werteorientierung) und parlamentarisch-sozialisatorische Erklärungsfaktoren (durch die Variablen: Länge der Parteimitgliedschaft, Länge der Parlamentszugehörigkeit, Mitgliedschaft in der Regierung und Mitgliedschaft in Interessenorganisationen). Von allen betrachteten Bestimmungsgründen der Mikro-Ebene konnte allein für die politisch-ideologischen Faktoren eine moderate Erklärungskraft auf das Rollenverständnis der Abgeordneten nachgewiesen werden. Eher ‚linke‘ Abgeordnete (bzw. Abgeordnete sozialistischer, sozialdemokratischer und grüner Parteien) tendieren häufiger zum Partei- oder Interessengruppen-Vertreter, während eher ‚rechte‘ Abgeordneten (bzw. Abgeordnete liberaler, konservativer und christlicher Parteien) eine größere Tendenz zum Nation- und Wahlkreis-Vertreter aufweisen. Alle anderen untersuchten Variablen hatten keinen nennenswerten Effekt auf die präferierte Repräsentationsrolle.

Der recht geringe Effekt individueller Bestimmungsgründe gewinnt jedoch dann an Bedeutung, wenn wir die Mikro-Ebene innerhalb des Makro-Kontextes betrachten. Die getrennt durchgeführte Analyse der Mikro-Determinanten für eher majoritäre und eher konsensuale Länder führte durchgängig zu einer Verbesserung der Erklärungskraft des Individualmodells. Damit bestätigte sich eine grundlegende Hypothese der Untersuchung: die Bestimmungsgründe der Repräsentationsrolle lassen sich nur durch die Betrachtung der Mikro- und Makro-Ebene sinnvoll analysieren, erst die Integration von individuellen Bestimmungsgründe in den Kontext des jeweiligen politischen Systems kann die Präferenz bzw. Nicht-Präferenz bestimmter Ausprägungen der Repräsentationsrolle hinreichend erklären.

Somit konnte die empirische Analyse nachweisen, daß Abgeordnete in den von uns untersuchten Ländern über dezidierte Vorstellungen von ihrer Repräsentationsrolle verfügen und die präferierten Rollenverständnisse nicht zufällig gewählt sind, sondern

durch Variationen vor allem auf der Makro-, aber auch auf der Mikro-Ebene erklärt werden können. Rollenorientierungen sind somit eine bedeutsame Kategorie politischer Repräsentation, allerdings gehörte die Analyse der Effekte der Repräsentationsrolle bislang zu den weitgehend vernachlässigten Forschungsthemen, was uns zur letzten, in Kapitel 5 abgearbeiteten Frage führte.

Kapitel 5 fragte nach den Konsequenzen der Repräsentationsrolle, die den Ansatz *Repräsentation durch Repräsentanten* erst zu einem fruchtbaren Konzept in der Repräsentationsforschung machen. Konsequenzen wurden vorrangig im Bereich politischer Responsivität gesehen, wobei Responsivität als ein mehrschichtiger, hierarchisch strukturierten Prozeß begriffen wurde, der ganz wesentlich durch Informationsaufnahme und -verarbeitung, durch Kommunikation mit den Repräsentierten und Aggregation von deren Präferenzen strukturiert wird. Endpunkt dieses Prozesses mag ein Abstimmungsverhalten des Repräsentanten im Sinne der Repräsentierten sein, doch sind die vorhergehenden Stufen dieses Prozesses erst die Voraussetzung dafür, daß es zu responsiven Entscheidungen kommen kann. Erst diese ‚Vorstufen‘ gewährleisten die Möglichkeit des Eingangs in den politischen Prozeß, erst Kommunikation und Aggregation bieten die Chance, daß bestimmte Interessen überhaupt Eingang in den parlamentarischen Verhandlungsprozeß finden können. Daher wurde danach gefragt, ob die Rollenorientierungen eine Auswirkung haben auf das Kommunikationsverhalten der Abgeordneten, auf die Berücksichtigung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen sowie auf die Übereinstimmung der Einstellungen von Abgeordneten und Bürgern zu politischen Sachthemen. In allen drei Aspekten politischer Responsivität, Kontakt-, Gruppen- und Policy-Responsivität, konnte eine Auswirkung der Rollenorientierung festgestellt werden. Zwar sind die Effekt der Größe nach nur als moderat zu bezeichnen, doch entsprachen sie in allen Fällen den postulierten Erwartung und hielten auch der Kontrolle durch konkurrierende Variablen (wie Parteizugehörigkeit) stand. Dabei muß berücksichtigt werden, daß sich die Analyse notwendigerweise im Rahmen der durch die Befragung der Abgeordneten (und Wähler) gewonnenen Daten bewegte, somit relevante Bereiche, für die eine Auswirkung der Repräsentationsrolle plausibel vermutet werden kann, wie zum Beispiel die Wahlkreisarbeit der Abgeordneten, außer Betracht lagen.

Zwar konnten in der vorliegenden Arbeit nicht alle Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Repräsentationsrolle der Abgeordneten stellen, untersucht werden. Gerade für die Frage der Auswirkungen der Repräsentationsrolle wäre die

Einbeziehung weiterer Variablen, wie z.B. die Wahlkreisarbeit der Abgeordneten, überaus wünschenswert. Dazu wäre ein erweitertes Studiendesign notwendig, welches eine Beobachtung tatsächlichen Verhaltens einbezieht. Ein solcher Ansatz, wie er bereits von Fenno im Rahmen der Studie von *Home Style – Hill Style* durchgeführt wurde, erfordert natürlich, gerade für komparative Studien, einen immensen Ressourceneinsatz, könnte jedoch, zumindest in einem explorativen Rahmen, für eine geringe Anzahl von Befragten, durchaus geleistet werden. Auch hier sehen wir also dringende Notwendigkeiten, aber auch große Chancen für die so oft geforderte, aber selten realisierte Verzahnung von quantitativen und qualitativen Forschungsdesigns.

Doch bleibt hier abschließend festzuhalten, daß einige gewichtige Desiderata der Repräsentationsforschung beseitigt werden konnten. In der Untersuchung wurde gezeigt, daß das Rollenkonzept ein wertvoller Ansatz zum Verständnis repräsentativer Demokratie ist. Rollenorientierungen von Abgeordneten stellen ein ganz wesentliches Merkmal politischer Repräsentation dar. Die Studie hat gezeigt, daß Rollenorientierungen erklärbar und implikationenreich sind. Sie konnten zu einem großen Teil auf die grundlegenden institutionellen Arrangements eines politischen Systems, auf den Demokratietypus, und zu einem geringeren Teil auf individuelle Merkmale der Parlamentarier wie die Parteizugehörigkeit und die ideologische Orientierung zurückgeführt werden. Und sie haben eine Auswirkung auf die Responsivität von Abgeordneten, sie prägen die Kontakte zu sowie die Berücksichtigung von bestimmten Gruppen und Institutionen, sie führen zu einer größeren Nähe der Politikpositionen von Repräsentanten und Repräsentierten.

Insofern stellt das Rollenkonzept ein zentrales Bindeglied zwischen individuellen Akteuren und den politischen Institutionen, zwischen Abgeordneten, Bürgern und dem Kollektivorgan *Parlament* dar. Erst die dergestalt konzeptualisierten Legitimations- und Responsivitätsketten ermöglichen die weitere Aufklärung des kompositorischen Charakters politischer Repräsentation. Sie können begriffen werden als ein maßgeblicher Beitrag zur weiteren Auflösung des eingangs zitierten *Puzzle of Representation*.

*„Academics are born twice – when they escape from their mother’s womb and when they finish their graduate education, Ph.D. in hand.“ (Eulau 1996:45)*